

Donnerstag, 10. Juni 1916

Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 14. Juni.

Der zweite Teil der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde eingeleitet durch eine Rede des Abgeordneten Julius Ságghy, der im Namen seiner Partei den Entwurf betreffend das Budgetprovisorium ablehnte. Es folgten die Ausführungen, mit denen sich Graf Albert Apponyi an der Debatte beteiligte. Sie gaben beiderseits Ausdruck dem, was den wesentlichen Gefühlszug dieses Hauses ausmacht: dem unbegreiflichen Siegeswillen. Auch in den ersten Stunden, auch heute, da die schweren Kämpfe auf den polnischen und besarabischen zentralen Schlachtfeldern toben, verlangt dieses Haus Aufmerksamkeit und zeigt vor aller Welt Augen sich ihrer Würdigkeit, indem es aus Unfällen und Mißergebnissen nur neuen Mut zu neuen Taten schöpft und die Sturmumwehten Fahnen nur noch höher hebt. Zwei Fragen erörterte Graf Albert Apponyi noch, nachdem er den festen Willen unseres Volkes, in diesem Kriege durchzuhalten, also feierlich bekräftigt hatte. Er betonte, daß sich unsere Bündnispolitik in dem alten Rahmen bewegen müsse, daß aber jede Beeinflussung unserer Beziehungen zu Österreich durch unsere Verbündeten in das Reich des Unbekannten, weil auch Unmöglichen, gehöre. In den Fragen der zukünftigen inneren Politik nahm Graf Albert Apponyi den Standpunkt ein, daß die alten Zustände eine Wandlung erfahren müßten, daß — vor allem — eine weitere Ausdehnung des Wahlrechtes erfolgen soll. Die ganze Rede war ein parteibewußtes, doch auch ein durchaus aufrechtes Bekenntnis zur höchsten Pflicht der Staatsstreue.

Abgeordneter Ludwig Návay widmete die wertvollsten Stücke seiner Rede der Alimentierungsfrage. Er gab in einzelnen Problemen interessante Hinweise auf gut denkbare Lösungsmöglichkeiten. Namentlich was Abgeordneter Návay über das Wesen der Maximalpreise zu sagen hatte, fand die volle Aufmerksamkeit des Hauses.

Abgeordneter Josef Szterényi rollte das Bild der nachkriegserischen Wirtschaftsprobleme vor dem Hause auf. Es war eine Bilderreihe von interessantem Inhalt, der eine stumme und doch beredte Aufforderung bildet zur wirtschaftlichen Vorarbeit die Zeit nach dem Kriege. Eine riesige Arbeitsaufgabe tat sich auf vor dem Hause, und diese Aufgabe wird wohl in dem Willen der Nation und der Regierung ihre vorvorgende Lösung finden.

Um 8 Uhr abends nahm das Haus eine sozialpolitische Interpellation des Grafen Moritz Esterházy und eine wenig sachlich begründete Interpellation Mikolauš Pósgaš entgegen. Die letztere wurde von dem Landesverteidigungsminister Baron Szajó sofort ausführlich und unter Zustimmung des ganzen Hauses, auch des Interpellanten, beantwortet.

Es war kurz vor 9 1/2 Uhr abends, als die Abgeordneten, das Haus verlassend, des freundlichen Sommerabends sich erfreuen konnten.

In der Nachmittagsitzung ergreift das Wort

Abgeordneter Julius Ságghy:

Es sei altes Herkommen, die Botierung der Indemnität als Vertrauensfrage anzusehen. Die Opposition habe aber keine Ursache, hiervon abzuweichen. Redner will sich zunächst über die Polenfrage äußern, in der er und seine Partei mit den Ausführungen des Grafen Julius Andrássy völlig übereinstimmen: die Polen müssen den Mittelmächtigen zugeführt werden, sonst fallen sie Rußland zu. Von dem Gebiete der auswärtigen Politik auf das der inneren übergehend, beantragt er, daß nun zum dritten Male über eine Indemnitätsvorlage verhandelt wird und wünscht endlich eine richtige Budgetdebatte, die hoffentlich im nächsten Jahre stattfinden wird. Redner urteilt die Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes für jene Hunderttausende, die jetzt im Felde stehen und, einst heimgekehrt, nicht rechlos dastehen dürfen. Die Zensur, die zum Schutze gegen Uebergriffe da sei, sei selber die Verhinderung des eigenmächtigen Uebergriffs. Hinsichtlich der Frage der Ausgleichsverhandlungen polemisiert er mit den auf eine Rede des Grafen Apponyi getanen Uebersetzungen des Ministerpräsidenten, die auf die Unangebrachtheit eines Provisoriums hinweisen, und befürwortet einen bloß einseitigen Ausgleich. Redner lehnt die Vorlage im eigenen und im Namen seiner Partei ab.

Abgeordneter Graf Albert Apponyi

meint, wir alle stehen unter dem Eindruck der letzten Kriegereignisse. Deshalb war es richtig, daß der Ministerpräsident den ersten Anlaß benützt hat, Ausführungen über die Kriegslage zu erteilen. Diese Ausführungen waren aufrichtig und darin besteht ihr Wert. Die ungarische Nation hat sich während des ganzen Krieges sehr mannhaft benommen, und deshalb verdient sie es, daß man sie wie Männer behandelt. Die Wahrheit wird sich nicht erschüttern in der festen Absicht, den ihr aufgezwungenen Krieg bis zum Ende durchzukämpfen. (Lebhafte Beifall.) Ihre Stimmung würde nur durch die Verirrung der Phantasien beeinflusst, was jedoch nur dann der Fall wäre, wenn sie zu dem Bewußtsein gelangen würde, daß man ihr die Wahrheit verhüllt. Wir gestehen mit großer Offenheit ein, daß an der Nordostfront sehr ernste Widerwärtigkeiten eingetreten sind, daß eine unserer Armeen vollständig, von einer anderen Armee der linken Flügel zurückgenommen werden mußte. Es ist klar, daß dies mit bedeutenden Verlusten an Menschen und Material verbunden war. Redner wiederholt dies, damit die Welt sehe, daß wir diesen Tatsachen in die Augen sehen, weil wir ihnen entgegenzutreten können. (Lebhafte Beifall auf beiden Seiten des Hauses.)

Doch auch die andere Erklärung des Ministerpräsidenten fordert Glauben, wonach er im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit erklärt hat, er habe alle Ursache zu glauben, daß zur Paralisierung der bisherigen feindlichen Erfolge die entsprechenden Maßnahmen getroffen sind und deren Erfolg zu erwarten ist. Es muß zunächst konstatiert werden, daß die Nachahmung unseres Gorkliceer Durchbruchs durch die Russen nicht mit den von uns seinerzeit erzielten Erfolgen verbunden war. In Erfolg ist zwar bedauerlich, doch nur von lokaler Bedeutung, und es ist alle Aussicht vorhanden, daß er sich über diesen lokalen Erfolg hinaus nicht entwickeln könne. Und

wenn dann unsere Erfolge in Italien weitere Fortschritte machen, und auch unsere Verbündeten in Frankreich vorbringen werden, so werden wir nach dieser unangenehmen und ersten Episode feststellen, daß die Kriegslage wieder unseren Gunsten sich verändert hat. Werden die Ereignisse sich in dieser Weise entwickeln, so wird wieder die Zeit für die Friedensreden gekommen sein. Jetzt müssen wir auf das kräftigste betonen, daß wir entschlossen sind, auszuhalten, bis wir das Ziel erreichen, dessenwegen wir Krieg führen mußten, und ohne dessen Erreichung wir keinen Frieden schließen können. Es ist unsere Pflicht, das Volk aufzuklären, daß es trotz der furchtbaren Heimtungen, die es seit fast zwei Jahren zu ertragen hat, weiter aushalten muß, bis diejenigen zu Verstand kommen, die allein die Schuld trifft, daß weiter die Menschenopfer gebracht werden müssen. In dieser Hinsicht gibt es keine Meinungsverschiedenheit, kein Zaudern. Redner würde viel lieber an das Volk mit dem Versprechen herantreten, daß es bald von den Mühen und Lasten des Krieges befreit werden wird. Es ist ja unleugbar, daß die Gemüter das Gewicht der ungezählten Opfer fühlen. Es ist ja natürlich, daß die begeisterte, aufschäumende Stimmung nicht Jahre hindurch andauern kann. Wir müssen dafür sorgen, daß die feste Entschlossenheit zum Durchhalten in allen Schichten des Volkes weiterlebe und daß keine Erschütterung in den Gemütern eintritt. Wir müssen das, was unsere heldenmütigen Truppen, die Ausdauer der ungarischen Massen zur Erhöhung unseres Nimbus geleistet haben, bewahren, und wir müssen diese Ergebnisse zum materiellen, moralischen und kulturellen Wohle unseres Vaterlandes fruchtbar machen. (Lebhafte Beifall und Applaus auf beiden Seiten des Hauses.)

In dieser Hinsicht sind wir alle eines Sinnes. Wir müssen auch darin einig sein, daß diese Früchte tatsächlich dem ungarischen Volke zugute kommen. Der besonnene, in jeder Beziehung Vertrauen erweckende Reichkanzler, der alles eher ist als ein Mann der Phrase und der Sentenz, hat in seiner vorletzten Rede das Wort geprägt: „Einen status quo ante gibt es nicht.“ Das besteht nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Es wäre die größte Selbsttäuschung, zu glauben, daß die Völker, die Massen, die die eigentlichen Helden dieses Krieges sind und die sozulagen sämtliche Lasten des Krieges zu tragen haben, sich mit der Rückkehr zum Statusquo zufriedengeben werden. Wir müssen im reinen darüber sein, daß, wenn der Krieg einmal zu Ende sein wird, die elementarste Billigkeit und das Gerechtigkeitsgefühl, sowie die elementarste Vorsicht es erfordern werden, daß das Volk die Früchte dieses Krieges in sozialer und nationaler Hinsicht genießen darf. Diese beiden Gesichtspunkte müssen als Leitstern dienen. Zu seinem Bedauern sieht Redner in der Politik und in den Beratungen der Regierung keine Spur dessen, daß die Regierung diesen Ansprüchen der nationalen und sozialen Lage Rechnung zu tragen beabsichtigt. Die geringste Beruhigung findet er nicht in den Uebersetzungen des Ministerpräsidenten in der Antwort auf die jüngste Interpellation des Redners. Die ungarische Nation, die bewiesen hat, daß ihre Kraft niemand gefährlich, aber jedem nützlich ist, die bewiesen hat, daß sie ihren der Pragmatischen Sanktion entsprechenden Pflichten ohne Zögern nachkommt, diese Nation, die sich über die psychologischen Hindernisse, denen sie bei der Erfüllung der Wehrpflicht auf Schritt und Tritt begegnet, hinwegsehen konnte — das Herrscherhaus kann der Vorleistung danken, daß es nicht gelungen ist, diese Nation mit anderen zu verschmelzen —, diese Nation kann es erwarten, daß ihr gegenüber jedes Mißtrauen, jede Kleinlichkeit ein für allemal aufhöre. Diese Nation kann Anspruch darauf erheben, daß nach den Erfahrungen des Krieges ihre psychologischen Ansprüche auf die Vollkommenheit des nationalen Lebens befriedigt werden. Redner und seine Partei werden dies nach dem Kriege unter Vernutzung auf die Gräber, auf die Thränen und das vergossene Blut mit gesteigerter Kraft fordern. (Lebhafte Beifall links.)

Diese Nation kann es auch erwarten, daß auch ihrer wirtschaftlichen Entwicklung keine Hindernisse in den Weg gelegt würden. Redner muß die Frage wiederholen, wie man unter den gegenwärtigen Umständen einen Zolltarif herstellen kann. Ein Zolltarif kann jetzt nur aus Luft gemacht werden. Darf auf Grund eines solchen Zolltarifs ein Zollbündnis geschaffen werden, noch dazu auf eine längere Zeit als bisher? Wir sind zu schwach, um uns eines solchen zu entledigen, deshalb müssen wir die vorstichtigsten sein. Graf Michael Karolyi hat in seiner heutigen Rede gemeint, der Gedanke des langfristigen Ausgleiches sei vielleicht mit Rücksicht auf Deutschland entstanden, das für längere Zeit seine Angelegenheiten ordnen will. Redner wünscht nicht nur die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Deutschland nach dem Kriege, sondern auch dessen Vertiefung, ja dessen Stabilisierung nach Möglichkeit; nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Oesterreich und den übrigen Verbündeten. Nicht zu dem Zwecke, damit wir uns vor den übrigen abschließen. Im Gegenteil. Unser Hauptziel ist die Rekonstruktion der großen Familie der zivilisierten Welt, die Stabilisierung des Friedens zwischen allen zivilisierten Nationen. Wohl wird das nicht unmittelbar nach dem Friedensschluß der Fall sein können. Bei unseren Feinden, die sich durch Haß leiten lassen, wird die Verjährlichkeit langsame Platz greifen. Solange die allgemeine Veröfentlichung zustande kommt, müssen wir eine militärisch, politisch und wirtschaftlich unangreifbare Defensivstellung schaffen. Unsere Interessensolidarität mit Deutschland ist nicht vergänglich in der Natur. Ich sehe die Zukunft der ungarischen Nation nur in einem engen Nexus mit der germanischen Rasse gesehen, denn sie ist die einzige, die die territoriale und nationale Schmälerung Ungarns nicht anstrebt. Deshalb ist Redner ein unerzitterlicher Anhänger der engen politischen und wirtschaftlichen Verbindung mit Deutschland. Natürlich kann diese Verbindung nur möglich sein, wenn sie zwischen zwei gleichrangigen Staaten besteht, unter voller Aufrechterhaltung unserer politischen, staatsrechtlichen, staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Redner konnte sich in den jüngsten Tagen davon überzeugen, daß führende Männer Deutschlands diese Auffassung prinzipiell billigen. Es muß als Leitstern dienen: die eigenen Interessen unter Rücksichtnahme auf die Interessen des anderen zu wahren. (Lebhafte Beifall links.) Das ist eine sichere Formel der Vereinbarung: dem anderen die Vorteile zu gewähren, die mit einem gelunden egoismus im Einklang stehen. Deutschland will nun angeblich seine auswärtige Wirtschaftspolitik für eine längere Zeit als zehn Jahre regeln. Wie es dies tun will, kann Redner wohl nicht verstehen, denn er ist der festen Ueberzeugung, daß eine rationelle Wirtschaftspolitik unter den gegenwärtigen Umständen nicht gemacht werden kann. Allein zwischen dem Anschluß einer Zollunion und eines Handelsvertrages ist ein riesiger Unterschied. Eine Zollunion bindet vollständig das handelspolitische Selbstverfügungsrecht eines Staates. Die Frage der Zollunion mit Oesterreich ist jedoch keine rein wirtschaftliche Frage, sie ist auch mit der Garantie der nationalen

Selbständigkeit verbunden. Er kann es sich daher nicht vorstellen, daß die Deutschen der ungarischen Nation gegenüber eine Handlung begehen würden, die man in der Diplomatie als un acte peu amical bezeichnet, daß Deutschland auf die Entscheidung Ungarns, die wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Natur ist, aus wirtschaftlichen Gründen einen Druck üben will.

Redner sieht kein Hindernis, daß alle Fragen der wirtschaftlichen Annäherung geregelt werden, daß aber hinsichtlich des zollpolitischen Teiles nur eine prinzipielle Vereinbarung zustande komme. Auch kann die prinzipielle Vereinbarung mit Deutschland in der Weise geschlossen werden, daß für die Alternative des gemeinsamen oder selbständigen Zollgebietes die Tür offen gelassen werde. Würde das nicht so geschehen, so würde Ungarn in einem Zeitpunkt, wo es keine wahre Volksvertretung besitzt, wo jede Möglichkeit für die Kundgebung des öffentlichen Willens benommen ist, in seinem wirtschaftlichen Leben für lange Zeit gebunden und der Möglichkeit beraubt, die wirtschaftlichen Früchte des Weltkrieges zu genießen. Redner und seine Parteigenossen werden das nie zugeben. (Lebhafte Beifall links.) Auch in dieser Richtung kann er der Politik der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und deshalb würde er die große Arbeit der Rekonstruktion nur mit Besorgnis dieser Regierung anvertrauen. Diese Rekonstruktionsarbeit muß nach dem Kriege ohne Vorurteil, festhaltend an die moralischen Grundlagen, mit weitem Gesichtskreis und mit Talfrast unter Berücksichtigung der großen nationalen Gesichtspunkte in der Weise durchgeführt werden, daß sie der großen nationalen Kraftentsaltung entspricht. Es ist unmöglich, daß diese Kraftanstrengung wieder in kleinliche Paragraphen, in kleine höfische Hindernisse hineingebracht werde. Wer dies versucht, würde die Nation einer Katastrophe entgegenführen. (Lebhafte Beifall links.)

Was die Friedensbedingungen betrifft, billigt Redner die Ausführungen des Grafen Julius Andrássy. Er stimmt darin überein, daß Ungarn eine territoriale Vergrößerung nicht anstrebt, was natürlich nicht bedeutet, daß wir uns nicht größere strategische Garantien für unsere Grenzen schaffen. Auch in der Polenfrage billigt er die Ausführungen des Grafen Andrássy. Ein eroberbares Land ist ein feindliches Land, ein befreites Land ein Bundesgenosse. Wir müssen uns einer übertriebenen materialistischen Außenpolitik bei der Feststellung unseres Verhältnisses zu anderen Staaten enthalten. Auch in der auswärtigen Politik muß die in der Volksseele liegende Kraft gewürdigt werden. Auch in dieser Hinsicht sieht er in der Politik der Regierung nur Zaudern und Unentschlossenheit. Redner nimmt den Gelebenswurf nicht an, nicht als ob er dem Lande die Mittel zur Fortführung seiner Existenz verweigern wollte, sondern weil die Annahme einer Vertrauensfrage ist, er aber dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringt. (Lebhafte Beifall, Eisenrufe und Applaus links.)

Abgeordneter Ludwig Návay

führt aus, es sei in Zeiten wie die jetzigen nicht angemessen, an den Handlungen der Regierung uneingeschränkte Kritik zu üben. In diesem Sinne befaßt er sich mit der Frage der Organisation des Getreideeinkaufes. Das Verbot der Privatkaufe ist gewiß ein wirksames Mittel, so wie es in der jüngsten Regierungsverordnung ausgedrückt wurde, denn dadurch begegnen wir den alten Mißbräuchen, die in den ersten Kriegsjahren von Seiten der kleinen Lohnwähler oft begangen wurden. Das Mahlvorbot allein genügt aber nicht, die Wehden müssen in allen, auch in den kleinen Gemeinden ebenso, wie das in den Städten geschieht, die Zahl der Konumenten genau feststellen und auch die Erlaubnis zum Ausmahnen des den Eigenbedarf bedeckenden Getreides nur für das festgestellte Konsumquantum erteilen ohne Rücksicht darauf, ob eigenes oder gekauftes Getreide vermehrt werden soll. Dadurch wird auch die Verheimlichung der Vorräte sinntwidrig, da jedermann sein anders ohnehin nicht verwertbares Getreide zu den festgestellten Preisen der Kriegserzeugnisse verkaufen würde. Die Anlegung von Konumentenlisten im ganzen Lande würde auch ein klares Bild über die verfügbaren Getreidequantitäten geben, so daß man ohne Gefährdung unserer eigenen Versorgungsinteressen unseren Verbündeten zu Hilfe kommen könnte.

Außer der Frage der Getreideverwertung muß man auch der Feststellung der Lebensmittelpreise in allgemeinen gedenken. Einzelne Behörden haben bei der Feststellung von Maximalpreisen Fehlgriffe gemacht, die Folge war zunächst das völlige Verschwinden der Lebensmittel, dann die Umgehung der Maximalpreise. Eine Preisfeststellung ohne wirksame Sanktion ist wertlos; wenn man diese nicht einführt, so ist der freie Verkehr dem heutigen Zustande gewiß vorzuziehen. Das Ministerium räumt das Requisitionsrecht nur in konkreten Fällen ein; als aber die Maximalpreise durch die Sanktion der Requisition wirksam hätten werden können, waren längst keine Vorräte mehr vorhanden. Fleischpreise feststellen, ohne gleichzeitig die Preise der lebenden Tiere auch zu maximieren, ist sinnlos. Wenn das Kilo im Lebendgewicht 5 Kronen kostet, kann man für 5 Kronen 20 Heller kein Kilo Fleisch haben, mag der Maximalpreis noch so energisch mit 5 Kronen 20 Heller festgestellt sein. Es wird eben kein Fleisch zu haben sein (Heiterkeit), nur auf dem Papier lebt man dann billig.

Redner widmet warme Worte dem Kriegsvorsorgewesen und der Tätigkeit derjenigen, die sich dieser edelsten und wichtigsten Aufgabe des Staates gewidmet haben. Die Unterstützung der Familienangehörigen unserer Soldaten ist die schönste Pflicht, aber auch eine sichere Gewähr dafür, daß die Nation nach zwanzig Monaten Weltkrieg alles so tapfer erträgt wie heute. Wenn aus staatsfinanziellen Rücksichten die Summe der Unterstützung nach oben abgegrenzt werden mußte, so wäre doch ein Ausweg zu suchen, damit Familien mit sechs Kindern mehr bekommen als diejenigen, wo nur zwei Kinder der Unterstützung von 180 Hellern pro Tag teilhaftig werden. Die fürsorgliche Tätigkeit der Gesellschaft müßte hier in erster Reihe eingreifen, um die Läden, die der Staat nicht füllen kann, doch auszufüllen. Schließlich wünscht Redner eine intensivere Kulturarbeit, damit alle, die jetzt im Weltkrieg ihr Bestes für das Vaterland einsetzen, aller Bürgerrechte uneingeschränkt teilhaftig werden. Im Hinblick auf das Wahlrecht ist die Ausgestaltung des Volksschulunterrichts der beste Weg, auf dem man dieses Ziel am raschesten erreichen kann. Historische Klassen gibt es in diesen historischen Zeiten nicht; wenn jemand durch Ueberlieferung, Abstammung und Bildungsgrad in sich den Drang fühlt, eine führende Rolle im Vaterlande zu spielen, so soll er in beispielgebender Arbeit seine Tätigkeit den Aufgaben zu lösen sein. Den Gelebenswurf nimmt Redner an. (Lebhafte Zustimmung.)

Abgeordneter Josef Szterényi

wünscht sich lediglich mit wirtschaftlichen Detailsfragen zu befassen, und zwar werde er von dem Uebergange aus der Kriegsvolkswirtschaft zu der regulären Volkswirtschaft, von der Rohmaterialbeschaffung in der Industrie und von der Frage